



# Evangelische Verantwortung

Februar 1987

## Der Geist der Furcht – Sozialismus heute

– Oder vom Mut zur Zukunft –

Menno Aden

Einer der bedeutendsten Nationalökonomien dieses Jahrhunderts, Joseph Schumpeter, schreibt in seinem Werk „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“:

*„In einer wichtigen Hinsicht ist der Marxismus eine Religion. Dem Gläubigen bietet er erstens ein System von letzten Zielen, die den Sinn des Lebens enthalten und absolute Maßstäbe sind, nach welchen Ereignissen und Taten beurteilt werden können; und zweitens bietet er sich als Führer zu jenen Zielen, was gleichbedeutend ist mit einem Erlösungsplan und mit der Aufdeckung des Übels, von dem die Menschheit . . . erlöst werden soll. Der marxistische Sozialismus gehört auch zu jener Gruppe, die das Paradies schon für diese Seite des Grabes verspricht.“*

Damit spricht Schumpeter aus, was viele fühlen und was auch jenseits des Atlantiks empfunden wird. In dem jüngst in den Vereinigten Staaten erschienenen Buch „The Capitalist Revolution“ fragt P. Berger nach den Gründen der Anziehungskraft, welche sozialistische Ideen auf die Menschen nach wie vor haben. Auch dieser Autor geht von der Feststellung aus, daß es mit Händen zu greifen sei, wie sehr das kapitalistische, auf Wettbewerb gegründete, Wirtschaftssystem dem marxistischen System und seinen sozialistischen Spielarten überlegen ist. Er fragt: Wie kann eine derartig erfolglose Soziallehre nach wie vor einen Großteil der Geister beherrschen? Antwort: Der Marxismus hat einen religiösen Anstrich, der dem Kapitalismus fehlt; er bietet Solidarität, Überwindung der Eigensucht, die sittliche Überzeugung davon, auf dem richtigen Weg zu sein, und er vermittelt die Vorstellung eines endzeitlichen Lebenssinns.

Die Gabe  
Gottes  
ist das  
ewige  
Leben in Christus  
Jesus,  
RÖMER 6, 23  
unserem Herrn.



### Der Glaubensansatz

Das Nürnberger Aktionsprogramm der SPD vom August 1986 kommt ohne einen solchen quasi-religiösen, ja eschatologischen Duktus nicht aus, wenn es z. B. darin heißt:

*„Rein materielles Produktions- und Absatzinteresse ist kein Maßstab für eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung . . . Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik . . . zielt auf die demokratische Gestaltung einer humanen Gesellschaft mit besseren sozialen und ökologischen Arbeits- und Lebensbedingungen.“*

Desgleichen greift auch ein so sachlicher Mann wie der frühere Bundeskanzler Schmidt zu einem endzeitlichen Pathos, wenn er in seiner Abschiedsrede vor dem Bundestag aufforderte zur „Besinnung auf das Ethos eines politischen Pragmatismus in moralischer Absicht“. Er schloß mit den Worten:

*„Die Erreichung des moralischen Ziels verlangt pragmatisches, politisches Handeln – und zugleich erlaubt uns dieser Weg ein unvergleichliches Pathos.“*

Diese Worte sollen nicht herabgewürdigt werden, auch wenn ihr Pathos uns nicht eben mitträgt. Es geht hier nur um die Feststellung, daß nicht nur der Marxismus, sondern auch die von ihm abgeleiteten politischen Lehren auf dem linken politischen Spektrum, einen quasi-religiösen Kern behalten haben. Die Politik der Sozialisten und letztlich auch der Sozialdemokraten zielt eingeständenermaßen letztlich auf die Hervorbringung einer Welt, in der es keinen Mangel gibt, weil darin Gleichheit und Gerechtigkeit herrscht. Was sollten wir, zumal als Christen, gegen ein solches Konzept haben? Theologen mögen uns sagen, daß ein irdisches Paradies nicht möglich sei. Sie werden uns aber auch nicht verwehren, eine ständige Verbesserung dieser Welt anzustreben, so daß diese gleichsam zum irdischen Grenzfall eines jenseitigen Idealzustandes werde. Im Bezug auf dieses Ziel werden den Sozialisten daher auch jene zustimmen, die der sozialistischen Gesellschaftslehre sonst nicht eben viel abgewinnen können.

Viele Gegenstände selbst der trivialsten Tagespolitik werden in den Wohlwollensschutz, den die soziale Quasireligion genießt, einbezogen, sobald diese Gegenstände das Prädikat „sozial“ erhalten. Dieses Wort im Namen einer Partei wird, einer kürzlichen Umfrage zufolge, von der Mehrheit als angenehm und werbend empfunden, das Etikett „konservativ“ dagegen stoße eher ab. (Dieses wird der Grund sein, weswegen die CDU und ihr Koalitionspartner in dem Nürnberger Aktionsprogramm der SPD durchweg als die „Konservativen“ etikettiert werden.)

Der Ausdruck „sozial“, so ungenau er auch ist, und alles, was mit diesem Wort bezeichnet wird, gerät damit unmerklich in eine höhere sittliche Kategorie, womit alle Angriffe der sog. Konservativen gegen etwas, das als sozial bezeichnet wird, von vorneherein mit einem moralischen Vorurteil belastet sind. Das Wort „sozial“ und alle damit zusammenhängenden Begriffe erfreuen sich offenbar einer überwältigenden positiven Einschätzung in unserer Bevölkerung. Das geltende System sozialer Sicherheit, das soziale Netz, genießt höchste Priorität im politischen Bewußtsein unserer Zeitgenossen. Die 15-30jährigen, die nach anderen Umfrageergebnissen hauptsächlich Träger eines auf Selbstverwirklichung ausgerichteten Lebensplanes sind, erwarten zu 90% vom Staat die Gewährleistung sozialer Sicherheit. Diese Altersgruppe hat zwar oft mit dem Berufsleben noch nicht einmal angefangen, sie erkennt aber zu 80% an, daß „ein gesichertes Alter sehr wichtig“ ist. Die Verfechter einer dem Sozialismus entgegengesetzten politischen Haltung sind damit von vorneherein schon begrifflich in die Defensive gedrängt. Wer politische Mehrheiten formieren will, muß den Eindruck vermeiden, er habe ein grundsätzlich anderes Ziel als der Sozialismus – denn dieses Ziel könnte in den Augen der Öffentlichkeit ja nur „unsozial“ sein. Das Prädikat „unsozial“ scheuen aber selbst die hartgesottensten Kapitalisten, um so mehr eine Volkspartei. Der Nicht-Sozialist befindet sich daher in einer Zwickmühle. Indem er sich für eine andere Betrachtungsweise zu politischen Fragen entscheidet, wendet er sich nicht nur gegen die von vielen ja durchaus gesehenen Auswüchse sozialstaatlichen Wesens, sondern – da der Begriff „sozial“ so unklar geworden ist – scheinbar auch gegen die Errungenschaften, welche in der Tat das Prädikat sozial verdienen, und welche kein Mensch zurückdrehen will. Die Nichtsozialisten, also die sog. Konservativen, müssen daher sehr oft eine Ja-Aber-Diskussion führen: Ja – so sagen sie – auch wir sind für eine gerechte Eigentumsfassung, aber . . . ; Ja – wir sind auch für eine sachgerechte Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen, aber . . . . Oder um ein aktuelles Beispiel zu nehmen: Ja – wir sind für eine Gewährleistung der Sozialbindung bei den Wohnungen der Neuen Heimat, aber . . .

Diese Form der Ja-Aber-Diskussion mag zwar intellektuell redlich sein, aber sie ist anstrengend und irritiert den Bürger.

Der Wähler mag akzeptieren, daß die Sozialisten in vielen Fällen Unrecht hatten und zu falschen Entscheidungen raten, aber am Ende sagt er sich: „Sie haben’s an sich gut gemeint“, und trifft seine Entscheidung entsprechend. Die gute Meinung, das höhere politische Ethos, die wahre Einsatzbereitschaft für das politische Gute, vermutet eine starke Hälfte der Bevölkerung allen Skandalen zum Trotz nach wie vor bei jenen, denen das Herz links schlägt und nicht bei jenen, deren politisches Credo rechts davon wurzelt.

Wahlentscheidungen sind wohl nicht allein in Deutschland auch Glaubensentscheidungen und nicht nur Ergebnisse vernünftigen Abwägens der für und gegen eine Partei sprechenden Argumente. Wahlentscheidungen sind, jedenfalls auch, Ausdruck eines Glaubens an die politische Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Grundhaltung einer Partei. Darin liegt eine Gefahr. Es liegt darin aber auch eine Chance. Tatsachen wandeln sich ständig und werden durch neue Tatsachen in offenbar ständig wachsendem Tempo verdunkelt oder in ein neues Licht gestellt. Wer Fragen, welche die Gesamtheit unseres bürgerlichen und rechtlichen Lebens betreffen, wer also politische Fragen nur nach Sachgründen abwägend entscheiden will, läuft Gefahr, entscheidungsunfähig zu werden. Es sind die politischen Grundüberzeugungen, der politische Glaube, der dem Gang der Politik und letztlich wohl auch dem Verlauf der Geschichte eine gewisse, von Tagesbewegungen unabhängige, Stetigkeit verleiht, ohne welche ein Gemeinwesen nicht sein kann. Wer politisch wirksam sein will, muß daher Glauben vermitteln. Dieser Glaube darf zwar nicht ohne vernünftige Absicherung sein. Es ist daher erforderlich, auch statistische Daten der Wirtschaftsentwicklung präsent zu haben, er darf sich darin aber nicht erschöpfen. Wer solchen Glauben vermitteln will, muß selber glauben. Den Sozialisten fehlt dieser Glaube nicht. Ihre Gegner aber, die Marktwirtschaftler, die Konservativen oder wie immer man sie nennen will, verheddern sich hingegen nur so oft in der beschriebenen Ja-Aber-Haltung, weil sie oft selbst nicht mehr wissen, daß die ethischen Grundlagen ihres politischen Credos denen des Sozialismus überlegen sind. Es ist nämlich nicht so, daß nur Sozialismus christlich sei. Es sieht im Gegensatz so aus, daß manche seiner heutigen Ausprägungen geradezu unchristlich sind.

---

## Der Wettbewerbsgrundsatz

---

Über alle Schattierungen der Theorien hinweg liegt der Kern des Glaubensstreites zwischen links und rechts, zwischen sozialistisch und kapitalistisch und wie immer sonst man dieses Gegensatzpaar nennen will, in der jeweiligen Bewertung der vorgefundenen und naturgegebenen Unterschiede der Menschen und in den aus diesen Unterschieden zu ziehenden Schlußfolgerungen. Die Zeit, da diese Unterschiede schlicht geleugnet wurden, und statt dessen mit der Einrichtung von Kinderläden und ähnlichen alternativen Albernheiten der Beweis dafür erbracht werden sollte, daß Unterschiede nur milieubedingt seien, sind – wenn auch noch nicht lange – zum Glück vorbei. Es bleibt uns also die Frage: Wie werden wir mit diesen Unterschieden fertig? Ins Wirtschaftliche gewendet führt diese Frage zu dem Problem des Leistungswettbewerbs, in welchem das Bessere des Guten Feind ist und das Schlechte keine Chance haben soll.

Parteigänger der politischen Linken schätzen den Wettbewerb nicht. In ihrer sittlichen Wertordnung hat der Wettbewerb keinen oder nur einen sehr unsicheren „Listenplatz“, der rasch zur Disposition gestellt wird, wenn ein neuer Bewerber (z. B. das Sondervermögen Arbeit und Umwelt gemäß Nürnberger Aktionsprogramm) auftritt. In der Praxis wird von den Sozialdemokraten zwar anerkannt, daß es ohne Wettbewerb nicht

geht – aber eigentlich wäre es vielen von ihnen doch lieber, wenn das wirtschaftlich erwünschte Ergebnis des Wettbewerbs durch ein anderes Ordnungssystem (z. B. durch einen funktionierenden Plan) erreicht werden könnte. So heißt es in dem Nürnberger Aktionsprogramm: „Der Markt schafft keine gerechte Verteilung . . . von Einkommen und von Vermögen. Der Markt allein löst nicht das Problem der Arbeitslosigkeit . . .“ Am Ende wird trotz eines grundsätzlichen Bekenntnisses zum Markt als „unentbehrlichem Steuerungsprinzip für unzählige Einzelentscheidungen“ doch wieder das Heil in Strukturkommissionen und Globalsteuerungen gesucht. Wie schwer es z. B. den Gewerkschaften fällt, Marktwirtschaft und das damit verbundene Wettbewerbsprinzip anzuerkennen, zeigt etwa die Tatsache, daß der Entwurf eines DGB-Grundsatzprogramms 1979 den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ nicht ein einziges Mal verwendet und ihre positiven Ergebnisse für die Arbeiterschaft schlicht leugnet.

Dem Sozialisten, und auch der heutigen SPD, fällt es gar nicht ein, in der Wettbewerbsordnung nicht nur ein in Grenzen nützlichem Steuerungselement der Wirtschaft zu sehen, sondern darin auch ein sittliches Prinzip zu erkennen. Der ideale Staat, in dessen Vorgriff Sozialisten bereits jetzt ihre Theorien entwerfen, braucht keinen Wettbewerb. Die Wirtschaftsverfassung in Utopia kennt keinen Wettbewerb, weder um Konsumgüter, die es ja im Überfluß gibt, noch um Ämter, die wie Konsumgüter vom utopischen Staat zugeteilt werden. Aus der Sicht eines Sozialisten ist die Wettbewerbsordnung daher ein Teil des Sündenfalls, und folglich allenfalls solange zu dulden, als nicht der ideale Staat oder der ideale Plan zur Lenkung der Güterströme gefunden ist. Der Wettbewerb ist jedenfalls kein Wert an sich.

Im Grunde, so wohl der Kern der sozialistischen Theorie, ist jeder Bereich, der dem freien Spiel der Kräfte zugunsten einer zentralen Lenkung entzogen ist, dem Paradies ein Stück näher als jene Felder, auf denen sich die unerlöste Menschheit in scheinbar chaotischem Durcheinander um Vorteile voreinander bewirbt. Und tatsächlich können auch wir anderen uns das Paradies kaum anders als in Bildern freischwebender Gleichheit aller im Zustand der Mangelfreiheit vorstellen. Diese innere, verstandesmäßig meist gar nicht klar gemachte, Verknüpfung vom fehlenden Wettbewerb und Gleichheit mit der vagen Vorstellung davon, wie es im Paradies oder in Utopia sein wird, gibt sozialistischen Gedanken eine endzeitliche Anziehungskraft, welcher sich die wenigsten entziehen können.

Und wir? Wir anerkennen, daß es Ungleichheit bei den Menschen gibt, ja mehr noch, wir fordern uns selbst und unsere Zeitgenossen auf, in Anbetracht ihrer Ungleichheiten miteinander in Wettbewerb zu treten, und zwar in einen Wettbewerb, bei dem es nur einen Sieger und viele Besiegte geben kann. Wir bekennen uns dazu, daß es schön ist, Sieger zu sein,

der Erfolgreichste einer Sparte zu werden, und akzeptieren, jedenfalls theoretisch, daß es gerecht sein kann (freilich nicht muß), wenn irgendwann der Schiedsrichter, nämlich der Markt, uns zuruft: Hör auf, Du bist ausgeschlossen! Wir akzeptieren, oder wir zwingen uns dazu, es zu akzeptieren, daß unser Nachbar eine glänzende Position erreicht und wir nicht, und wir stehen theoretisch dafür ein, gleichwohl weiter zu machen und uns weiter zu bemühen. Und was wir von uns selber verlangen, das verlangen wir natürlich erst recht von unserem anderen Nachbarn, dem wir uns im Bezug auf Fähigkeiten und Leistungen überlegen fühlen.

Und dennoch wäre es manchmal so schön, wenn man sich ein wenig fallen lassen könnte. Wieviel persönlicher Druck könnte verhindert werden, wenn z. B. allen Medizinstudenten schon zu Beginn ihres Studiums garantiert würde, daß sie auch das Staatsexamen schaffen? Wäre es nicht human, wenn alle Prüflinge grundsätzlich die Note „sehr gut“ oder „gut“ bekämen, wie es bei einer norddeutschen Universität der Fall sein soll? Wieviel seelische Unsicherheit würden wir uns ersparen, wenn uns die Wohnung zugeteilt würde, so daß wir nicht dem stillen Vorwurf ausgesetzt sind, unser Nachbar habe durch Verhandlungsgeschick eine günstigere Miete durchgesetzt. Auf die Berufswahl übertragen: Wäre es nicht manchmal herrlich, sich und anderen sagen zu können: Ich kann gar nichts dafür, daß ich nicht das und das erreicht habe, es ging gar nicht anders, denn der Staat hat es so beschlossen. Wo immer die Wettbewerbsordnung funktioniert, werden uns solche bequemen Antworten aus dem Mund genommen. Du hattest deine Chance, so sagt dieses Gesetz, warum hast du sie nicht genutzt?

Unsere Wirtschaftsführer denken im Grundsatz nicht anders. Sie bekunden zwar, für den freien Wettbewerb einzustehen, im speziellen Fall, wenn nämlich sie selbst betroffen sind, sind sie aber nur zu rasch bereit, eine Sondersituation zu postulieren, die kleine Abstriche von dem Wettbewerbsprinzip erfordere. Die Vereinigten Staaten, das klassische Land des freien Unternehmertums, haben gar keine Hemmungen, Importquoten für bestimmte ausländische Waren zu verfügen, und wir EG-Europäer sind Mitglieder des größten und merkwürdigsten Schutzkartells der Geschichte, nämlich des gemeinsamen Agrarmarkts. Wettbewerb hat wohl immer etwas mit Mut und Selbstvertrauen in die eigene Leistung zu tun.

Wer Vertrauen in seine eigene Tüchtigkeit hat, wird den Wettbewerb nicht scheuen, ja sogar suchen. Wer dieses Vertrauen nicht hat, wird dazu neigen, seine Überlebenschancen in Sonderregelungen, Kontingentierungen und allgemeinen wettbewerbsunabhängigen staatlichen Plänen zu suchen. Das gilt für uns einzelne, aber ebenso für Gruppen und Völker.

### Wettbewerb und der Geist der Furcht

Es ist daher zu fragen, ob nicht die Wettbewerbsfeindlichkeit, die gegen den Leistungswettbewerb bestehende Grundströmung linker, sozialistischer Vorstellung ein Ausfluß mangelnden Mutes ist, ob nicht die Wettbewerbsfeindlichkeit vom Geist der Furcht zeugt. Es ist vielleicht gar nicht so, wie wir selbst glaubten, wie insbesondere unsere linksorientierten Mitbürger von sich selber meinen, daß die Grundidee des Sozialismus einer sittlich besonders hochstehenden Denkungsart entspricht. Vielleicht ist eher das Gegenteil der Fall. Der Ruf nach dem Kollektiv, nach Strukturkommissionen und Globalsteuerung, das Mißtrauen gegenüber den Folgen der Wettbewerbsordnung sind am Ende eher Ausprägungen einer Angst, man könnte in diesem Wettbewerb versagen.

Der Sozialismus kann jedenfalls in Deutschland heute nicht mehr wirklich behaupten, ihm gehe es um die Linderung von Not. Der Sozialismus kann heute noch die Legitimation vorwei-

## Aus dem Inhalt

Der Geist der Furcht – Sozialismus heute – Oder vom Mut zur Zukunft –	1
Evangelische Kirche und Union Anmerkungen zu einem komplizierten Verhältnis	5
Dietrich Bonhoeffers Zeugnis für christlich-abendländliche Rechtsstaatlichkeit	8
Dialog aus christlicher Verantwortung	11
Aus unserer Arbeit	14
Namen und Nachrichten	16

sen, die in der Tat jämmerlichen Zustände der unteren Schichten im 19. Jh. heben zu müssen. Der heutige Sozialismus, dem ein Großteil seiner eigentlichen sozialen Aufgaben durch Zweckerreichung abhanden gekommen ist, dieser heutige Sozialismus steht eigentlich plötzlich ganz nackt vor uns da. Seine Forderungen entpuppen sich bei näherem Zusehen als Artikulation des Neides auf jene, denen es immer noch besser geht, und seine ordnungspolitische Grundhaltung, sein Verhältnis zum Leistungswettbewerb, läuft auf eine Ideologie der Feigheit und Furcht vor dem eigenen Versagen hinaus.

Wenn wir unter diesem Gesichtspunkt einmal um uns schauen, dann sind wir erstaunt, wie viele Menschen wirklich oder nur vorgeblich Angst haben. Im Ausland werden wir Deutschen allmählich zum Gespött wegen unserer Angsthaberei und Schwarzseherei. Diese Ängstlichkeit und das daraus folgende Sicherheitsstreben fängt bei uns früh an. Eltern schicken ihre Kinder ein Jahr später zur Schule, offenbar mit dem freilich uneingestandenen Ziel, daß es in der Schule besser mitkomme und später womöglich den Numerus clausus besser schaffe. Im Berufsleben suchen wir, wohl zum Schutz gegen irgendwelche Lebensängste, als erstes soziale Sicherheit, und manche Organe unseres Landes sehen in der sozialen Sicherheit, der Sicherung der Renten, der Arbeitsplatzsicherheit usw. primäre Staatsziele und vergessen darüber, daß man eben dadurch das Maß an Sicherheit, welches überhaupt auf Erden möglich ist, verspielen kann. Sicherheit folgt nämlich daraus, daß man sich den Forderungen des Tages mutig stellt und nicht daraus, daß man sich eingräbt. Ein Schachspiel gewinnt man auch nicht dadurch, daß man sich aus seinen Bauern eine Festung baut – es kommt der Zeitpunkt, wo man am Zuge ist, und wer aus lauter Angst nur auf die Sicherung seiner Position bedacht war, verliert. „Angst – so schrieb Thomas von Aquin – bewegt nicht zum Nachforschen, sondern eher zur Flucht.“ In Teilbereichen unseres staatlichen Lebens haben wir es bereits mit einer Massenflucht in grüne Scheinwelten zu tun und soziale Netze, welche sich als Reusen herausstellen, aus welchen es kein Entrinnen gibt, umgarnen uns.

---

## Wettbewerbsordnung und christlicher Glaube

---

Im Einzugsbereich der politischen Linken finden wir auffallend viele Protestanten, und konnte man bis vor etwa 20 Jahren die evangelische Pfarrerschaft in weiten Teilen als Anhänger der CDU ansehen, so gilt das heute nicht mehr. Verlautbarungen christlicher Stellen, Äußerungen von kirchlichen Amtsträgern bis in die Predigten hinein, haben oft den Charakter sozialpädagogischer Stellungnahmen angenommen. Es handelt sich dabei um Äußerungen, die fast niemals die Segnungen des wirtschaftlichen Systems, in welchem wir leben, herausstellen, die niemals die unbestreitbaren Leistungen der heutigen Technik und Forschung gebührend würdigen. Im Gegenteil ist meist von Sorgen um irgendetwas die Rede. Sorgen mögen im Einzelfall berechtigt sein. Aber müssen wir nicht fragen, ob nicht die Kirche Ängste kultiviert, zu deren Überwindung sie das Wort ergreifen müßte? Sind nicht wir Protestanten in der Gefahr, uns an den Geist des heutigen Sozialismus, den Geist der Furcht, zu verlieren, weil wir das Ziel und den Gegenstand unseres Glaubens aus den Augen verloren haben?

Der Apostel Paulus schreibt seinem Schüler Timotheus: „Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft, der Liebe und der Zucht.“

Stellen wir einmal dieses Wort neben das Gleichnis von den Talenten. Der Herr zog in ein fremdes Land und übergab seinen Dienern verschiedene Talente. Der eine wucherte damit und wurde reichlich belohnt, wie auch jene, die zwar weniger

empfangen, aber gleichwohl sich um Vermehrung des Empfangenen bemüht hatten. Nur der letzte, der brachte sein Talent in Sicherheit, um es dem Herrn ungeschmälert aber auch ungenutzt zurückzugeben. Dieser letzte Diener hatte Angst gehabt. Ich weiß, Herr, – so sagte er – daß Du ein harter Herr bist, und darum habe ich mich nicht getraut, das Talent in einem Risikogeschäft einzusetzen, denn es hätte verloren gehen können!

Wir kennen die Antwort, die der Herr dem ängstlichen, eigentlich doch ganz liebenswerten, Knecht, der seinem Herrn das seine wiedergibt, erteilt: Fort mit Dir in das ewige Feuer! Die Parabel will uns wohl sagen, daß dieser Diener kein Recht hatte, zur Kultivierung seiner Angst die Gewinnmöglichkeiten, welche in seinem Talent lagen, ungenutzt zu lassen. Natürlich haben auch wir Angst, wir könnten im Leben versagen. Die Möglichkeit, im Wettbewerb, im wirtschaftlichen sowohl wie im privaten Wettbewerb, nicht zu bestehen, ist keine geringe Sache. Aber haben nicht andere auch Angst? Hatte nicht auch der erfolgreiche Knecht Angst, das Empfangene zu verlieren? Aber er stellte sich dem Wettbewerb.

In der Bejahung des Leistungswettbewerbs sind wir uns mit der katholischen Soziallehre einig. So schreibt der Kölner Erzbischof Kardinal Höffner:

*„Die Wettbewerbsfreiheit weckt die Eigeninitiative . . . wenn die Privatinitiative der einzelnen fehlt, herrscht politisch Tyrannei.“*

Und er fährt fort:

*„Jeder muß hinauf- und herabsteigen können.“*

Es gilt daher nicht nur, kräftig unsere Gaben im Wettbewerb zu erproben, vielmehr sollen wir nach den Worten des Apostels unsere Leistungsfähigkeit mit Liebe einsetzen. Das besagt, daß wir bei allem Wettbewerb nicht nur an uns denken dürfen. Andere haben auch ihren Platz. Auch sie sind mit dem Paulus-Wort aufgefordert, ihre Gaben kräftig einzusetzen. Ministerpräsident Späth erörtert daher zu Recht den Gedanken, unrentable Industriezweige bei uns, z. B. die Wertfen an der Küste, nicht künstlich mit Subventionen am Leben zu erhalten, sondern sie stattdessen dem Markt preiszugeben, damit aufstrebende Entwicklungsländer ihr eigenes Tätigkeitsfeld finden.

Die Form von sozialer Gesinnung, die heute rasch bereit ist, Schuld oder auch allgemeines Risiko eines Menschen oder einer Gruppe auf die Gemeinschaft umzulegen, ist sehr häufig nicht der Geist der Liebe, der hier gefordert wird. Niemand will die Augen davor verschließen, daß etwa der Niedergang der Wertindustrie in Schleswig-Holstein zum Teil tragische Folgen für tausende von arbeitslos gewordenen Menschen und ihren Familienangehörigen hat. Viele werden es daher ohne weiteres als Aufgabe eines sozialen Staates ansehen, durch Subventionen und Sonderbeihilfen diese Folgen abzuwenden. Die Bergpredigt fordert in der Tat von uns als Bürgern wie auch vom Staat, den von einer Not Betroffenen zu helfen. Andererseits werden die von einer Not Betroffenen durch das Evangelium nicht ermutigt, ihren Lebensplan von nun an auf die Mildtätigkeit anderer zu stellen. Vielmehr ist es Ausfluß der rechtverstandenen Liebe, im Rahmen des Leistungswettbewerbs, die so Betroffenen zur Selbsthilfe aufzurichten, also auch etwas von ihnen zu fordern.

Die Liebe allein ist offenbar nicht das einzige Korrektiv für die grundsätzliche Aufforderung an uns, unsere Kräfte im Leistungswettbewerb einzusetzen. Der Geist der Besonnenheit muß hinzukommen. Wenn wir uns unter dem Wort Gottes wissen, werden wir zu fragen haben, wozu all unser Streben letztlich dienen soll. Wettbewerb um zeitliche Güter ist erlaubt, ja für viele sogar Pflicht, stets aber nicht als Selbstzweck sondern im Hinblick auf das, was wir als Gottes Willen erkennen.

Das Gemeinwohl unseres Volkes und zunehmend auch das Gemeinwohl der Völker der Erde ist aber das eigentliche Ziel irdischen Strebens nach Wohlstand und materiellen Gütern (Kardinal Höffner). Wie sollen aber wir, als einzelne oder als Volk, am Gemeinwohl der Welt mitwirken, wenn wir unsere Bestimmung darin sehen, nur unsere eigenen Lebensängste zu kultivieren und uns mit verfehlten Extravaganzen und überzogenen sozialen Sicherungssystemen allmählich handlungsunfähig zu machen. Die ärmeren und zum Teil politisch schlecht geführten Völker der Dritten Welt achten auf uns. Sie schauen auf uns, nicht nur um Kredite zu bekommen, sondern vielleicht noch mehr schauen sie nach einem Beispiel eines Landes, welches seine Freiheit und seinen Wohlstand, der auf der Welt kaum seines gleichen findet, richtig gebraucht. Wenn sozialistisches Gedankengut seine Attraktivität, wie erwogen, aus dem religionsähnlichen Charakter seiner Ideologie zieht, dann haben diejenigen, die für den Wettbewerb eintreten, eine wirkliche Ethik und eine wirkliche religiöse Grundlage, nämlich die Aufforderung des Apostels, die Jahre unseres Lebens zu nutzen, also unsere Kraft mit Selbstvertrauen und ohne aufgesetzte Ängstlichkeit im Wettbewerb zu erproben. Es ist nicht zu sehen, daß der heutige Sozialismus eine entsprechende sittliche Grundlage aufweisen kann

### Pflicht zum Mut

Im Grunde ist mit dem Gesagten die alte protestantische Arbeitsethik in Erinnerung gerufen, die ja gar nicht protestantisch ist, sondern, wie das Losungswort der Benediktiner „Ora et labora“ sagt, am Anfang unserer Kultur steht. Diese Ethik ist ein wenig schwieriger als die auf immer mehr Gerechtigkeit zielende Aussage des Sozialismus, dessen Gerechtigkeit, bei näherem Hinsehen, fast immer mit Gleichheit in Bezug auf materielle Zustände gleichgesetzt wird. Diese Ethik ist aber nur schwieriger zu praktizieren – zu verstehen ist sie sehr viel leichter als das komplizierte, von immer neuen Widersprüchen durchsetzte, Geflecht von sozialistischen Theorien und Programmen.

Wir müssen auch an folgendes denken: Es geht den meisten von uns gut, in der Bundesrepublik Deutschland besonders gut, aber in vielen Ländern des Westens ist für den übergroßen Teil der Bevölkerung ein materieller Wohlstand erreicht, der – so scheint es – nur noch mit nachhaltigen Schäden an unserer Seele weiter gesteigert werden kann. Wie lange sollen wir uns eigentlich noch von sozialistischen Verteilungstechnikern dar-

auf festlegen lassen, Wirtschaftspolitik oder überhaupt Politik auf die Fiktion eines materiellen Mangels zu gründen? Wir kennen die Länder der Erde, wo ein solcher Mangel herrscht; wir gehören nicht dazu. Um in jenen Ländern zu helfen, brauchen wir hier eine starke Wirtschaft und mutiges Vorgehen aller. Aber hier, bei uns, bricht ein Mangel aus, wie der Prophet Amos sagt – nicht ein „Hunger nach Brot und Durst nach Wasser, sondern ein Hunger nach dem Wort Gottes zu hören“. Dieser Gedanke kann aber auch unreligiös, ganz neutral ausgedrückt werden: „Es kann vorkommen, daß in der Wohlstandsgesellschaft kein Hunger im physischen Sinne anzutreffen ist, wohl aber emotionale Unterernährung.“ (Emil Küng, Ordo 1984). Es wird mehr und mehr deutlich, daß unsere herkömmlichen Werte zerfallen, ohne daß es uns gelingt, Neues an ihre Stelle zu setzen. Eine linke Politik, die – vielleicht aus historischer Befangenheit – ihre Wertvorstellungen immer noch aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung schöpft, immer nur materiellen Mangel postuliert und durch Umverteilungstheorien eine von den Betroffenen tatsächlich so gar nicht mehr empfundene Bedürfnislage vor Augen führt, ist kaum in der Lage, uns mit Optimismus dorthin zu weisen, wo der Weg lang geht.

Es wird nicht bestritten, daß an unserem Sozialaufbau weitere Verbesserungen möglich sind. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß es bei uns gar nicht wenige Menschen gibt, die zwar genug zu essen haben, welche sich aber deswegen in einer sozialen Grenzsituation befinden, weil es uns, der großen Mehrheit, im Vergleich zu ihnen so sehr viel besser geht. Es wäre völlig unvertretbar und gewiß unchristlich, wenn Politik ihre Augen hiervoor verschlösse. In seinem Buch „Wende in die Zukunft“ sagt Ministerpräsident Späth:

*„Die Bewältigung der technologischen Herausforderung ist . . . weit mehr als eine wirtschaftliche Angelegenheit der Bundesrepublik Deutschland oder Westeuropas . . . Europäer haben das Können und die Kraft zum Fortschritt, und es ist unsere Pflicht, diese Chance wahrzunehmen.“*

Nicht mit einer von Neid- und Gleichheitskomplexen getragenen Ideologie, sondern aus dem fröhlichen Mut zum Wettbewerb wird sich uns zeigen, daß wir die Kraft haben, die Zukunft in den Griff zu kriegen.

**Anmerkung:** Dr. Menno Aden ist Rechtsanwalt und gehört dem Vorstand des EAK in Essen an. Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Vortrag vor dem EAK in Ulm.

## Evangelische Kirche und Union: Bemerkungen zu einem komplizierten Verhältnis

Hans-Dieter Wichter

Seit Bestehen der Christlich Demokratischen Union ist ihr Verhältnis zur Evangelischen Kirche nicht immer einfach gewesen. Es war stets eher rational und höflich distanziert. Die Beziehungen zur Union waren häufiger als die zur SPD oder aktuell zu den GRÜNEN von schwierigeren Diskussionen, Begegnungen, Ab- und Verstimmungen geprägt.

### Union der bürgerlichen Parteien

Bei einem tieferen Durchdringen der politischen Grundphilosophie der Union einerseits und bestimmter vom Protestantismus geprägter politischer und wirtschaftlicher Ideen andererseits müssen die be-

obachtbaren Probleme eigentlich immer wieder Verwunderung hervorrufen. Zunächst sind CDU und CSU, historisch gesehen, die ersten großen deutschen Volksparteien, die ihre Wurzeln bewußt ausschließlich im demokratisch-parlamentarischen Denken westlicher Demokratien verankert haben. Dies

gilt insbesondere für Verfassungssysteme angelsächsischer Prägung. Die Grundphilosophie der Union kommt vielleicht dem nahe, was der große liberale Denker Friedrich August v. Hayek als die Philosophie der evolutionären Ordnung (im Gegensatz zur revolutionären Organisation) bezeichnet. Die CDU setzt auf bewährte gewachsene gesellschaftliche Ordnungen. Damit vermeidet sie die Unruhe, die Intoleranz und das Elend, was beispielsweise sozialistischen Ideen im Hinblick auf gesellschaftliche „Gesamtorganisation“ bzw. „Gesamtlösungen“ mit sich bringen. Deshalb hat die Union auch weder nationalliberale, nationalistische noch sozialistische Traditionen. Im Gegensatz etwa zur SPD bis zum Ende der 50er Jahre und zur SPD der Gegenwart ist die Union im soziologischen Sinne eine bürgerliche Partei, in der sich auch die Arbeitnehmer in erster Linie dem Bürgertum zugehörig fühlen. Was die Verankerung in der christlichen Ethik anbetrifft, hat die Union – allen voran Konrad Adenauer – von Anfang an deutlich gemacht, daß sie eben gerade nicht auf der Tradition des bewußt katholischen Zentrums aufbaute, sondern auf dem allgemeinen und von allen Kirchen gemeinsam vereinnahmten Wertesystem des christlichen Abendlandes. Sie suchte ihre geistigen Grundlagen in den vornehmlich von der angelsächsisch-evolutionären Tradition gespeisten Kategorien des Verfassungs- und Rechtsstaates und des Parlamentarismus. Hinzu kam mit der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft eine geradezu idealtypische protestantische gesellschaftliche Ordnungsform. Basierend auf der Verantwortung des Individuums und seinem frei zu rechtfertigenden, rationalen Streben nach ökonomischer Leistung und Wohlstand kann über die Effizienz des Marktmechanismus eine volkswirtschaftliche Gesamtleistung erzielt werden, aus der leicht diejenigen gut mitversorgt werden können, die im recht verstandenen diakonischen Sinne der brüderlichen Hilfe bedürfen.

Daher dürfte es kein Zufall sein, daß die Väter der Sozialen Markt-

wirtschaft, Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack, sehr engagierte und fest in ihrem Glauben verwurzelte Protestanten waren.

---

### **Protestantismus und parlamentarische Demokratie**

---

Wer sich umgekehrt mit den Traditionen des Protestantismus auskennt, weiß, daß protestantisches Denken sehr zum Entstehen des parlamentarisch-demokratischen Verfassungsstaates auch und gerade im evolutionär-angelsächsischen Sinne beigetragen hat. Seit den ersten politischen Überlegungen von Luther, Calvin, Melancthon, Knox und anderen sind Zweifel und Kritik an absoluten und mächtigen Lösungen im Diesseits, an absoluten säkularen Herrschern und alles vereinnahmenden säkularen Ideen im Protestantismus bestimmend gewesen. Dies galt vielleicht mehr für den Bereich des Calvinismus als für die lutherische Tradition der Kirchen. Aber immerhin gibt es insgesamt vielfach eine tiefe Abneigung gegen Machtkonzentrationen und Sympathien für politische Systeme mit einer ausgewogenen Machtbalance. Die vielen Spielarten des protestantischen Denkens haben jedenfalls in einer Reihe von alten Demokraten zu einer kraftvollen Entwicklung des Parlamentarismus beigetragen. Die dem Protestanten eigene Betonung des Individuums und seiner Verantwortung lassen sich eigentlich nur in der freiheitlichen parlamentarischen Demokratie verwirklichen. Ähnliches gilt für das System der Marktwirtschaft.

---

### **Das Paradies auf Erden**

---

Diese politisch-philosophischen Grundpositionen zeigen, wie tief die Wesensverwandtschaft zwischen dem Denken in der Union einerseits und den protestantischen Traditionen andererseits ist. Allerdings sind derartige Zusammenhänge entweder zu wenig bekannt oder sie werden von manchen neuzeitlichen evangelischen Denkern verdrängt. Im ersten Fall wissen viele evangelische Christen selbst nicht mehr um

die großen Stärken und Traditionen ihres Glaubens. Im letzteren Fall orientiert man sich an neuen, vielfach irrationalen – bisweilen spiritualistischen – einfachen neuen Leitbildern, die eine vordergründige Begegnung mit Gott verheißen. Genau dies führt dann aber auch im politischen Bereich dazu, sich an neuen und einfachen Leitbildern zu orientieren, an bestechenden, alles regelnden Konzeptionen und Politiken „aus einem Guß“, deren propagandistische Eleganz sie zu einem leicht verkaufbaren Produkt machen. Es dauert heute eben auch vielen Protestanten zu lange in diesem „irdischen Jammertal“ der konfliktreichen politischen Auseinandersetzung, wenn die bessere Welt entsprechenden Vorstellungen sozialistisch geprägter Christen schon jetzt erreicht werden kann. Für Menschen, die in dieser Vorstellung leben, ist es schon bestechend, wenn Parteien zumindest die im Rahmen eines gesellschaftlichen „Gesamtkonzeptes“ erreichbare Annäherung an einen paradiesischen Endzustand verheißen. Daher neigen nicht wenige evangelische Christen heute zur SPD oder zu den GRÜNEN. Die SPD einerseits propagiert gegenwärtig wieder mehr denn je nicht nur eine atom- sondern generell eine konfliktfreie „Gesamtgesellschaft“, mit der über den Wohlfahrtsstaat das Eschaton annäherungsweise erreicht werden kann. Die GRÜNEN verheißen wohl eine ähnliche gesellschaftliche Organisation, wobei hier aber noch stärker als bei der SPD auf Harmonie abgestellt wird, zu deren Gunsten konservative Zweifler und Kritiker „progressiv überwunden“ werden müssen.

Die Union sagt in aller Regel derartige Beglückungen nicht zu. Sie orientiert sich bei ihrer Sozialpolitik – in guter protestantischer Tradition – an den Knappheiten dieser Welt wie auch an der Möglichkeit, daß ein Sozialsystem negativ ausgenutzt werden kann. Gerade deswegen sind einige evangelische Gruppierungen geneigt, in der Union das ideale konservative Feindbild zu sehen. Aber eigentlich sind die Angehörigen dieser Gruppierungen

auch keine Protestanten mehr, die mit den Konflikten im Diesseits zu leben gelernt haben und für die es in erster Linie darauf ankommt, die Konflikte im Rahmen des Rechtsstaates so zu meistern und zu lenken, daß sich das Individuum in relativem inneren und äußeren Frieden entfalten kann.

Sich für die CDU zu entscheiden, setzt bei einem bewußten evangelischen Christen heutzutage daher eine hohe geistige Unabhängigkeit voraus.

### Protestantische Vielfalt

Bei den Schwierigkeiten der Union mit der evangelischen Kirche kommt ein weiteres, mehr aus der Geschichte heraus zu verstehendes Moment hinzu. Die Stärke des Protestantismus im Hinblick auf die Denkkategorien der parlamentarischen Demokratie war stets sein Pluralismus und der Wettbewerb seiner verschiedenen Bekenntnisrichtungen. Die Freiheit des Denkens und der Bestimmung der Bekenntnis- und Lebensformen führten zu lutherischen, calvinistischen, anglikanischen und freikirchlichen Traditionen. Daher konnte es in Deutschland auch nie die protestantische Partei geben, die nach 1945 eine der neuen Parteien in der jungen Bundesrepublik prägte. Protestantische Traditionen gingen in die unterschiedlichen Parteien mit unterschiedlichen Gewichten ein. So war in der FDP der 50er Jahre das evangelische Denken mit unterschiedlichen Prägungen stark vertreten. Alte national-liberale Traditionen des deutschen Ostens trafen auf südwestdeutsche Wurzeln. Das eigenartige und besondere Kapitel der neutralistischen Gesamtdeutschen Volkspartei ist gerade im Zusammenhang mit Johannes Rau, Erhard Eppler und Jürgen Schmude wieder durchgeblättert worden. In der SPD mit ihrem sozialistisch-atheistischen Hintergrund wurden die Protestanten erst langsam heimisch, beginnend eigentlich mit idealtypischen Vertretern des Bürgertums wie Helmut Schmidt, Hans Apel, Johannes Rau, Erhard Eppler oder Jürgen

Schmude. Schließlich gab es die CDU und die CSU. Hier prägte nicht das Zentrum, sondern Konrad Adenauer die Anfangszeit. Da er bewußter Katholik war, mußte der Eindruck einer vermeintlichen „katholischen Dominanz“ entstehen. Wie bereits dargelegt und aus der Parteigeschichte nachweisbar, ist dieser Eindruck einfach falsch.

### Keine Diskussion mit der Kirche

Das Verhältnis andererseits zwischen SPD und evangelischer Kirche zu erfassen ist in diesem Zusammenhang sehr aufschlußreich. Dabei sind auf dem ersten Blick vielfältige Sympathien zu entdecken. Aber tatsächlich gibt es, wenn ein Einstieg in die Sachdiskussion erst einmal gelingt, eine Reihe von potentiellen Konflikten zwischen SPD und Kirche. Sicherlich treten sie nicht so offen zutage, weil manches in SPD und evangelischer Kirche in Personalunion erledigt werden kann. Man kann sich manchmal nicht des Eindrucks erwehren, daß dies beim Thema „Schutz des ungeborenen Lebens“ bzw. „Soziale Indikation beim § 218 StGB“ dazu geführt hat, daß eine kontroverse Diskussion zwischen SPD und evangelischer Kirche ausgeblieben ist. Aus der Logik der SPD geht eindeutig hervor, daß am § 218 StGB in der jetzigen Fassung nicht gerüttelt werden darf.

Große Bereiche der Wählerschaft wollen allein schon aus hedonistischen Gründen<sup>1)</sup> an der großzügigen sozialen Indikation festhalten. Auf der anderen Seite würde aber auch die moderne evangelische Kirche sich selbst aufgeben, wenn sie den bestehenden Zustand der freizügigen Tötung ungeborenen Lebens nicht ändern wollte. Und sie hat sich ja auch schon in diesem Sinne geäußert. Aber der Konflikt zwischen ihr und der SPD (und den GRÜNEN) ist bisher ausgeblieben. Es gibt ähnliche Themen, wie z. B. auch die Sicherheitspolitik. Der frühere Grundkonsens der Parteien, der noch in den 70er Jahren – zu Zeiten der sozialliberalen Koalitionen – von der evangelischen Kirche weitgehend akzeptiert worden war,

*Wir versprechen kein irdisches Paradies, denn das Glück des Menschen liegt immer in Gottes Hand.*

Konrad Adenauer, 1955

gerät immer mehr ins Wanken. Ob die SPD bei ihrer jetzigen Zerrissenheit bleiben wird, ist abzuwarten. Abzuwarten ist auch die Positionsbestimmung von Johannes Rau in der Frage der Sicherheitspolitik, da die Antwort des Nürnberger Parteitages in diesem Bereich unbefriedigend bleibt. Derzeit schweigt er. Auch deshalb, weil er bei dem eigentlich notwendigen offenen Bekenntnis zum Nordatlantischen Bündnis die kontroverse Diskussion mit der evangelischen Kirche führen müßte.

Darüber hinaus gibt es grüne schwärmerische Tendenzen in der Kirche, die sich eindeutig nicht nur gegen die Union sondern auch gegen die traditionalistischen Flügel der SPD richten. Dies hätte Johannes Rau längst aufgreifen müssen. Aber wie er – aus guten Gründen – einen „Fundamentalkonflikt“ mit den GRÜNEN scheut, scheut er eine harte Diskussion mit der Kirche.

Der Konservative jedenfalls weiß, daß Konflikte sich nicht vermeiden lassen, daß sie später nur umso härter ausgetragen werden. Johannes Rau wird von den Auseinandersetzungen auch mit der Kirche sehr schmerzlich eingeholt werden. Er ist nicht darum zu beneiden. Dabei wird sich dann auch zeigen, ob sein inniges Verhältnis Kirche – Partei – Staat immer so gut ist. Oder ob ein rational-distanziertes Verhältnis, wie es zwischen CDU und Kirche besteht, nicht viel mehr Erfolg für alle Beteiligten und letztlich für den Einzelnen verspricht.

<sup>1)</sup> (Hedonismus: philosophische Lehre, nach der das höchste ethische Prinzip das Streben nach Sinnenlust ist. – Anmerk. der Red.)

# Dietrich Bonhoeffers Zeugnis für christlich-abendländische Rechtsstaatlichkeit

Georg Huntemann



Dietrich Bonhoeffer wird bis heute von der theologischen Linken häufig als ihr Mann, wenn nicht gar als ihr Zeuge und Märtyrer vereinnahmt. Diese Interpretation ist eine Legende. Bonhoeffer – ein Mann des 20. Juli – war ein Konservativer aber zugleich ein kritischer und aufgeschlossener Theologe – seine politische Ethik war eine Ordnungsethik.

In dem Jahr 1923 als Dietrich Bonhoeffer mit dem Theologiestudium in Tübingen begann, besetzte Frankreich das Ruhrgebiet, putschte Hitler in Bayern mit „seinem Marsch auf die Feldherrenhalle“, wurden in Sachsen und Thüringen Regierungen mittels Reichswehr abgesetzt, bekam die Sowjetunion ihre erste Verfassung, wurde Cham Weizmann Präsident der zionistischen Weltorganisation, erreichte die Inflation in Deutschland ihren Höhepunkt mit Geldscheinen

auf denen „Eine Billion“ (tausend Milliarden Mark) stand. Sigmund Freud veröffentlichte 1923 sein tiefenpsychologisches Buch „Das Ich und das Es“, Albert Schweitzer seine Kulturkritik „Verfall und Wiederaufbau der Kultur“, Karl Barths „Römerbrief“ begeisterte bereits eine Theologengeneration, in Berlin gab es die erste Rundfunksendung. Die sieben Jahre Studium Bonhoeffers, die 1930 mit dem zweiten theologischen Examen vor der Kirche der altpreußischen Union und mit der Habilitation (Lehrbefähigungsnachweis) vor der Berliner Theologischen Fakultät abgeschlossen wurden, waren politisch, geistlich und kirchlich dramatische Jahre – für Deutschland mehr als für irgendein anderes Land in Europa. Als sich Bonhoeffer mit der Schrift „Akt und Sein“ habilitierte, veröffentlichte Alfred Rosenberg, als Chefidologe der NSDAP und Chefredakteur des NS-Organs „Völkischer Beobachter“, das Buch „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“, in dem die völkische Religion eines arischen Jesus entwickelt wurde. Das Jahr 1930 brachte den Rücktritt des Reichskanzlers Brüning und damit das Ende der parlamentarischen Demokratie im Deutschen Reich.

Als der Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer am 7. April 1945 im Konzentrationslager Flossenbürg erhängt wurde, formierten sich die sowjetischen Truppen vor Wien und Berlin, kapitulierte Königsberg vor der Sowjetarmee, hatten die erste und dritte US-Armee die Fulda im Herzen Deutschlands überschritten.

Bonhoeffers Theologie bleibt unverständlich ohne diese geschichtlichen Faktoren, die den Untergang des Deutschen Reiches und die Bedrohung Europas einrahmen.

## Der Zerfall des Christentums

Hinter diesen äußeren Fakten politischen Geschehens stand die Auflösung des Christentums in Deutschland, die Bonhoeffer feinnervig sensibilisierte. Mehr als ein anderer Theologe seiner Zeit spürte er, was „Untergang des Abendlandes“ bedeutete. Im Jahre 1931 fragte Dietrich Bonhoeffer, der gerade vom „Generalsuperintendenten“ in der Matthäuskirche am Potsdamer Platz zum Pastor ordiniert war, hellstichtig: „Ob aber unsere Kirche noch eine Katastrophe übersteht, ob es dann nicht endgültig vorüber ist, wenn wir nicht sofort ganz anders werden? . . .“ – Daß in dieser Kirche nichts anders wurde, hat ihn bis zu seinem Tode bedrückt – es würde ihn auch jetzt bedrücken, wenn er die gegenwärtige Gestalt der evangelischen Kirche in Deutschland sehen würde.

In den zwanziger und dreißiger Jahren politischer Wirren, geistiger und geistlicher Abenteuer aller Art, wirtschaftlicher und politischer Instabilität lief durchgehend ein einheitlicher, tief- und durchgreifender Prozeß im Deutschen Reich ab: Die Säkularisierung der deutschen Seele, der Zerfall des Christentums als Religion des öffentlichen Lebens.

Schon im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts spielte sich vor allem im Norden Deutschlands eine Auflösung christlicher Lebensformen ab, die in ganz Europa so keine Parallele hatte. 1875 schrieb der gerade von Kaiser Wilhelm I. nach Berlin berufene Hofprediger Adolf Stöcker über die religiöse Situation der Hauptstadt: „Was niemand, auch nicht der ärgste Pessimist erwartet hatte, das geschah und stellte sich gleich in dem neuen



Jahr 1875 mit erschreckender statistischer Beweiskraft vor unsere Augen. Von einhundert hier in Berlin standesamtlich geschlossenen Ehen waren nur etwa 18 bis 19 kirchlich eingesegnet; von einhundert geborenen Kindern wurden nur etwa 52 getauft. So ging es beinahe ein Jahrzehnt hindurch, bis das kirchliche Leben sich aufraffte und sich auf Maßregeln zur Gegenwehr besann.“

Aber dieses „Aufraffen“ brachte nur eine Atempause im kirchlichen Zerfall Deutschlands. Der Weltkrieg 1914-1918 sollte nur ganz zu Anfang so etwas wie eine „religiöse Begeisterung“ erwecken – der Zusammenbruch des Kaiserreiches riß 1918 die Synthese von Thron und Altar in seinen nicht nur politischen, sondern auch religiösen Bankrott mit hinein. Buße, Umkehr oder Erweckung gab es in Deutschland von 1918 genausowenig wie 1945. In der Tegeler Zeit 1943 wurde Bonhoeffer klar, wie wenig die Bedrückungen des Krieges den „mündigen Menschen“ zu einer „religiösen Bewältigung“ seiner Krisen herausforderte. Er schrieb am 30.4.1944: „Was mich unablässig bewegt, ist die Frage, was das Christentum oder auch wer Christus heute für uns eigentlich ist. Die Zeit in der man das den Menschen durch Worte – seien es theologische oder fromme Worte – sagen könne, ist vorüber; ebenso die Zeit der Innerlichkeit und des Gewissens, und das heißt eben die Zeit der Religion überhaupt. Wir gehen einer völlig religionslosen Zeit entgegen; die Menschen können einfach, so wie sie nun einmal sind, nicht mehr religiös sein . . . unsere gesamte neunzehnhundertjährige christliche Verkündigung aber baut auf dem ‚religiösen apriori‘ der Menschen auf. ‚Christentum‘ ist immer eine Form (vielleicht die wahre Form) der Religion gewesen. Wenn nun aber eines Tages deutlich wird, daß dieses ‚apriori‘ gar nicht existiert, sondern daß es eine geschichtsbedingte und vergängliche Ausdrucksform des Menschen gewesen ist? . . . Woran liegt es zum Beispiel, daß dieser Krieg im Unterschied zu allen bisherigen eine ‚religiöse‘ Reaktion nicht hervorruft? . . .“

Keiner kann Bonhoeffer wirklich verstehen, der nicht die großen norddeutschen Säkularisationszentren von Bremen bis Berlin wie er erfahren hat.

---

### Das theologische Programm

---

Der kirchliche Apparat lief allerdings damals so wie heute immer noch ungestört weiter und der „Generalsuperintendent“ von Brandenburg, Otto Dibelius, konnte triumphierend ein Buch über das Jahrhundert der Kirche schreiben. Bonhoeffer allerdings war sich schon damals darüber klar, daß das Christentum in die große entscheidende Krise seiner Geschichte hineingeraten war. Und die deutsche Theologie, die wie keine andere im damaligen Europa zeitgemäße Theologie sein wollte und auch sein mußte, wollte diese Krise mit aller Entschiedenheit packen. Das führte zu dem Typ des entschlossenen, sich als unfehlbar ausgebenden deutschen Theologen, der der Lösung dieses Problems sicher war. Die manchmal so penetrante und selbstsichere Art gerade deutscher Theologen ist eine Kompensation der Unsicherheit angesichts der Krise des Christentums, wie man sie in Deutschland erlebte und immer noch erlebt.

Der Gang dieser deutschen Theologie, ihr sogenanntes Programm zur Rettung des Christentums, wie Dietrich Bonhoeffer das alles kennenlernte, war der Weg in die Reduktion. (Als Reduktionstheologen sollte Bonhoeffer später auch Rudolf Bultmann verurteilen.) Dem Christentum sollte in der ganzen Allgewalt säkularisierten Lebens wenigstens ein sicherer Platz aufgespart werden. In den Rahmen eines säkularisierten, „wissenschaftlichen“ Verständnisses der Welt, der Natur, der Geschichte und der Gesellschaft paßte nach Meinung vieler deutscher Theologen das Christentum nicht mehr hinein. Es mußte abgehobelt, demontiert, verkleinert, eben auf jenen Rest reduziert werden, der im modernen Verständnis der Welt noch überlebensfähig wäre. Später sollte man dieses Programm, das von Bon-

hoeffer als Reduktion klar durchschaut wurde, das Programm der „Entmythologisierung“ nennen.

Christentum wurde verbannt in die Innerlichkeit und in die Konventikel. Mit dem Weltgeschehen, mit der Politik, mit der Wirtschaft sollte Christentum nichts mehr zu tun haben. Der Gymnasiast Dietrich Bonhoeffer las es vor allem bei Friedrich Naumann und er lernte es später so in der Theologie des Neukantianismus und in der in den zwanziger Jahren betonten Zweireiche-Lehre des Luthertums. Christentum hat seinen begrenzten Platz innerhalb der Welt. Es gibt Wirklichkeiten, in denen Christus keine Bedeutung hat.

Vor allem die nationalsozialistische Ideologie war darauf bedacht, das Christentum aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben herauszudrängen. Der Kampf Bonhoeffers geht leidenschaftlich gegen diese Aussperrung des Christentums aus der Welt. Bonhoeffers Engagement für die eine Wirklichkeit meint nicht die Eindimensionalität moderner Theologie, ihre Horizontalisierung des Christentums (kein Gott im Himmel), sondern versteht sich als Protest dagegen, daß der Herrschaftsbereich des dreieinigen Gottes in irgendeinem Wirklichkeitsbereich wirkungslos sein sollte. Bonhoeffer erkannte aber die Tendenz der NS-Ideologie, das Christentum (wie das Judentum) zu ghettoisieren.

Hier also beginnt die Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie, die als totalitäre Bewegung alle Bereiche des öffentlichen Lebens konkurrenzlos durchdringen wollte. Zwar war innerhalb der NSDAP die Stellung zum Christentum insbesondere zum evangelischen Christentum auf den ersten Blick keineswegs eindeutig. Martin Niemöller meinte wie viele andere Mitglieder der sich sammelnden Bekennenden Kirche, die „besseren“, echten Nationalsozialisten auf seiner Seite zu haben. Man hatte ja auch noch nie in Deutschland die Konfrontation mit einer totalitären Ideologie erlebt. Wie sollte evangelische Theologie das Ganze dieser Herausforderung erkennen, wenn

Herausforderung erkennen, wenn eben diese Theologie schon damals in einer Art Lehrchaos sich nicht darüber einig war, was Christentum denn überhaupt sei.

### Der Weg in die Opposition

Zwei Tage nach der sogenannten „Machtergreifung“ Hitlers vom 30. Januar 1933, nämlich am 1. Februar, hielt Dietrich Bonhoeffer einen Rundfunkvortrag über das Thema „Der Führer und der einzelne in der jungen Generation“, der am Schluß von der Sendeleitung abgeschaltet wurde. Inhalt und Umstände dieses Vortrages zeigen Bonhoeffer als einen Mann der konservativen politischen Opposition von Anfang an – und dann bis zum Ende. Während den sozialistischen Parteien, sowohl der KPD als auch der SPD die Anhänger davonliefen und in Berlin SA-Stürme auch von ehemaligen Kommunisten frequentiert wurden, formte sich der eigentliche Widerstand gegen das sozialistische System Hitlers („Du bist nichts, dein Volk ist alles“) in einer Art konservativer Konfrontation, die dann auch (mit Bonhoeffer) den Aufstand des 20. Juli vorbereitete und durchführte. Bonhoeffer heute für „links“ zu vereinnahmen ist ein Teil des Spiels von Absurditäten in der modernen zeitgenössischen Theologie.

Es ist bezeichnend, daß dieser gestoppte Rundfunkvortrag etwas später in der konservativsten Wochenzeitung des damaligen Deutschland, in der sogenannten „Kreuzzeitung“ („Neue preußische Zeitung“), am 25. Februar bei nur geringen Kürzungen veröffentlicht wurde. Zum Inhalt dieser erstaunlich konservativen Sensibilisierung einer politischen Diktatur: Bonhoeffer stellt das Amt von oben, die Autoritätsstruktur konservativer, abendländischer Rechtsstaatlichkeit gegen den Führer von unten, gegen die Diktatur der Masse. Bonhoeffer schrieb: „Der Führer hat Autorität von unten, von den Geführten her, das Amt hat Autorität von oben her; die Autorität des Führers hängt an seiner Person, die Autorität des Amtes ist über-

persönlich; Autorität von unten her ist Selbstrechtfertigung des Volkes, Autorität des Amtes ist Anerkennung der gegebenen Grenze; Autorität von unten ist geliehene Autorität, Autorität des Amtes ist ursprüngliche Autorität“ . . . Es besteht ein entscheidender Unterschied zwischen der Autorität des Vaters, des Lehrers, des Richters, des Staatsmannes einerseits und der Autorität des Führers andererseits. Jene haben Autorität durch ihr Amt und allein in ihm; der Führer hat Autorität durch seine Person. Die Autorität jener kann angetastet, verletzt werden, aber sie bleibt bestehen; die Autorität des Führers steht jeden Augenblick gänzlich auf dem Spiel, sie ist in der Hand seiner Gefolgschaft. Den Führer wähle ich mir, Vater und Lehrer kann ich nicht wählen.

Der 27jährige Dietrich Bonhoeffer stößt auf den Nerv der Auseinandersetzung zwischen sozialistischer Diktatur und konservativ-christlich-abendländischem Rechtsstaat. Bonhoeffer sieht den Untergang des einzelnen, der unmittelbar seine Verantwortung vor der letzten Autorität wahrnehmen soll, im Kollektiv, das gerade durch seine Diktatur die Verantwortung des einzelnen unterdrückt.

Nur der Zerfall des christlichen Ordnungsethos konnte dieses Zueinander von Amt, Autorität und Recht kaputtmachen, dem einzelnen die Verantwortung gegenüber dem absoluten Recht rauben und ihn zum Sklaven der Diktatur erniedrigen. Bonhoeffer wußte von der Stunde an um die Notwendigkeit einer christlichen und politischen Ethik, um deren Gestalt er bis zu seinem Tode gerungen und die er im Zwang der Umstände nur als Fragment schreiben konnte.

### Der Kampf gegen die NS-Ideologie

Im unmittelbaren Zusammenhang hiermit steht der zweite Punkt in der ideologischen Herausforderung der christlich-abendländischen Kultur durch die NS-Ideologie: Die NS-Ideologie war antijudaistisch. Warum eigentlich? Die Ant-

wort ist einfach, aber man hört sie kaum. Weil die NS-Ideologie eine Anti-Vater-Ideologie war, agierte sie antijudaistisch. Die NS-Diktatur war im Grunde genommen „feministisch“, sie wollte die Kommunikation mit der Masse. Sie wollte nicht die Autorität des Vaters, sondern des ES, des manipulierten Unbewußten. An die Stelle Gottes trat das Volk, an die Stelle des Vaters der Führer (der jugendliche Held als Vatermörder), an die Stelle der Offenbarung die „Vorsehung“. Wer den Nationalsozialismus in einen Zusammenhang mit dem Autoritätsdenken des vormodernen konservativen Deutschland sieht, hat ihn überhaupt nicht verstanden. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen das Judentum war Kampf gegen den Vatergott.

Der Kampf gegen das Judentum innerhalb der Kirche, Aussperrung christlicher Juden vom Amt des Pfarrers und schließlich Tauf- und Amtshandlungsverbot an Juden stand auf dem Programm der immer brauner werdenden „Volkskirche“ in Deutschland. Dagegen forderte Bonhoeffer lapidar in einem Flugblatt vom August 1933: „Der Ausschluß der Judenchristen aus der kirchlichen Gemeinschaft zerstört die Substanz der Kirche Christi . . . die Rasse, das Blut ist eine unter den Ordnungen, in die die Kirche eintritt, aber sie darf nie Kriterium für die Zugehörigkeit zur Kirche sein, dies ist allein das Wort Gottes und der Glaube.“ Bonhoeffer zieht die Konsequenz: „Es kann sein, daß die Kirche um der tausend gläubigen Judenchristen willen, die sie nicht opfern darf, Millionen nicht

#### Unsere Autoren:

Dr. Menno Aden  
Am Gerichtshaus 1d  
4300 Essen

Dr. Hans Dieter Wichter  
Hardt 90  
4018 Langenfeld 2

Dr. Georg Huntemann  
Barlachweg 21  
2800 Bremen 33

Dr. Lutz Mohaupt  
Jakobikirchhof 22  
2000 Hamburg 1

gewinnt. Aber was wäre auch ein Gewinn von Millionen, wenn er auf Kosten der Wahrheit und der Liebe gegen einen einzigen erkaufte werden müßte?“

Das war ein Kampfauftrag gegen den völkischen Staat und auch gegen die völkische Kirche, in der er lebte. Denn die Volkskirche wurde nun immer mehr eine völkische Kirche. Denn – allen Dritte-Welt-Befreiungstheologen mag es greulich in den Ohren klingen – Bonhoeffer war bewußt bis zu seinem Tode ein Mann des christlichen Abendlandes. In den Fragmenten seiner Ethik lesen wir: „Jesus Christus hat das Abendland zu einer geschichtlichen Einheit gemacht . . . Die Gestalt Christi ist die Einheit der abendländischen Völker . . . Es wird davon die Rede sein, wie die Gestalt Christi in dieser abendländischen Welt Gestalt gewinnt . . . Die abendländische Geschichte ist nach Gottes Willen mit dem Volke Israel unauflöslich verbunden, nicht nur genetisch, sondern in echter unauflöslicher Begegnung.“

### Der konservative Preuße

Für Dietrich Bonhoeffer stand abendländisches Rechts- und Freiheitsbewußtsein höher als die Na-

tion. Hier dachte er ganz und gar als konservativer preußischer Mensch. Das konservative Preußen hatte seit eh und je Rechtsstaatlichkeit über die Nationalität gestellt. Der konservative Preuße Dietrich Bonhoeffer schrieb in seiner Ethik: „Preußen empfand in gesundem Instinkt das Revolutionäre im Begriff der Nation und lehnte es ab. Im Nationalismus bekämpfte das Preußentum die Revolution der Grande Nation und ihr Übergreifen auf Deutschland. Der Nationalismus ruft als Gegenbewegung den Internationalismus her. Beide sind in gleicher Weise revolutionär. Preußen hat beide Bewegungen dem Staat gegenübergestellt. Es wollte weder nationalistisch noch international sein. Es hat damit abendländischer gedacht als die Revolution.“

In seinem Ringen um die Ökumene war Dietrich Bonhoeffer kein Weltkirchenratsmanager, wie wir sie heute erleben. Bonhoeffer kämpfte gegen zwei Fronten: Einmal wollte er gegen allen kirchenpolitischen Pragmatismus das Hin-zugehen auf ein klares Bekenntnis in der Weltkirche. Er ordnete das Pragmatische nicht der Wahrheit vor. Andererseits sah er ganz klar das Unheil, das auf Europa zukam. Die Konsequenzen der Säkularisie-

rung in Europa – nicht nur in Deutschland – beunruhigten ihn zu tiefst. Der aristokratische Bonhoeffer war erschrocken über die militanten braunen Kolonnen, die sich da über die Straßen Berlins ergossen. Er erfaßte diesen Aufstand der Massen, das Aufkommen eines brutalen Lebensstils im organisierten Plebejertum. Sein Ringen um Ökumene war ein Apell an das christlich-abendländische Gewissen, dem heraufkommenden Terror zu widerstehen. Und hier drängte er auf möglichst sofortige, bindende und aufrichtende Aussage.

Anm.: Dr. Dr. Georg Huntemann ist Autor zahlreicher Bücher zu Fragen der Ethik und Fundamentaltheologie. Seine Einsichten und Erfahrungen gründen nicht nur auf eine umfangreiche Vortragstätigkeit im In- und Ausland sondern auch auf seine Arbeit als Pastor an der St. Martinikirche in Bremen.

Dietrich Bonhoeffer, 1944  
Foto: Dietrich Bonhoeffer – Bilder aus seinem Leben. Chr. Kaiser Verlag.

## Dialog aus christlicher Verantwortung

Lutz Mohaupt

Zum Thema „Umgang mit dem Leben“ fand am 29. November 1986 in Hamburg die Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU statt. Am Beginn der Tagung stand die nachfolgende biblische Besinnung – zu Matth. 22, 35-40 – von Dr. Lutz Mohaupt, Hauptpastor an St. Jacobi.

Ein Schriftgelehrter versuchte Jesus und fragte: *Meister, welches ist das größte Gebot im Gesetz? Jesus aber antwortete ihm: „Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und von ganzem Gemüt“. Dies ist das höchste und größte Ge-*

*bot. Das andere aber ist dem gleich: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“. In diesen beiden Geboten hängt das ganze Gesetz und die Propheten.*

Ich denke mir, dieser Schriftgelehrte ist unser Mann. Er wirft mit seinem ethischen Interesse, mit seiner Frage nach dem, was denn nun gilt, was vor allem und in erster Linie gilt, das richtige Problem auf, und das ist schon eine ganze Menge. Jedenfalls kommt hier unsere Sache zur Sprache. Wenn man sich nämlich in unserer Welt und Gesell-

schaft umsieht, hat man doch bisweilen den Eindruck, als lebten wir in Zeiten fast vollständiger ethischer Orientierungslosigkeit.

Vielleicht klingt das ein wenig übertrieben. Aber wer weiß denn noch, woran er ist, wenn es um so fundamentale Probleme geht wie die Chancen und Grenzen der Gentechnik oder die Fragen um Sterbegleitung, Sterbehilfe, um einen menschenwürdigen Tod, die Möglichkeiten der Intensiv-Medizin überhaupt, oder die mit dem Beginn des Lebens verbundenen ethi-

schen Fragen, also Zeugung im Reagenzglas, Leihmutterchaft, Methoden der Geburtenregelung, Schwangerschaftsabbruch etwa.

Die medizinische Ethik ist nur ein Ausschnitt. Friedensförderung und Sicherheitspolitik, Ökologie und Arbeitsmarkt, Entwicklungshilfe und Weltwirtschaftssystem – das sind ja ebenfalls ethische Probleme von fundamentaler Bedeutung, und auch hier stehen keinem von uns – wo immer er politisch stehen mag – einfach orientierende und klärende Antworten zur Verfügung, die auch noch jedermann auf Anhieb überzeugen. Und so hallt denn unsere Gesellschaft bisweilen wider von einem Schrei nach verbindlichen Normen und entsprechenden Forderungen und Appellen.

In solchen Zeiten der Orientierungslosigkeit oder zumindest der gewachsenen Orientierungsprobleme wendet man sich nicht ungerne an religiöse Autoritäten. Unser Schriftgelehrter jedenfalls tut das, in versucherischer Absicht, so fügt der Evangelist Matthäus hinzu, denn der Mann hat ja längst begriffen, wie kompliziert die Lage ist und in welche Bedrängnis er Jesus bringt. Er weiß genau, daß auch Jesus nicht kurz entschlossen irgendeine Norm oder einen ausgesuchten Katalog von ewigen Werten nennen kann, nach denen das Leben einfach zu gestalten wäre. Die zehn Gebote – ja, die kann man zitieren, auch heute noch: „Du sollst nicht töten“ zum Beispiel. Aber wie ist es dann mit der Notwehr? Muß ich mir einfach den Schädel einschlagen lassen? Und darf ich meine Kinder nicht schützen, notfalls mit der Waffe in der Hand?

Kurzum: **Müßten die Gebote nicht verbessert werden**, müßte es zum Beispiel nicht wenigstens heißen: „Grundsätzlich sollst du nicht töten. Wenn aber . . .“ –, und dann müßten sozusagen Normen zweiter Ordnung oder dritter oder vierter folgen, Einschränkungen, Präzisierungen, Konkretionen. Nein, um der Komplexität unserer ethischen Situation Rechnung zu tragen, reichen nicht 10 Gebote. Da müssen mehr her, 100, 1000 viel-

leicht, möglichst hübsch unterteilt in Paragraphen und Absätze und Sätze. Um seiner Orientierungslosigkeit willen knüpft der Mensch ein immer dichter werdendes Netz von Ordnungen, Regeln, Gesetzen, Normen, Werten. Und wäre denn also ein ganzes, umfassendes System von Normen nicht das mindeste, was die Kirche anbieten müßte, wenn sie der Orientierungslosigkeit unserer Zeit begeben wollte?

Als jener Schriftgelehrte seine Frage an Jesus richtete, waren insgesamt 613 Gebote zu beachten, um das Leben nach Gottes Willen zu gestalten und so gelingen zu lassen. Zu diesem gewaltigen Berg war die schriftgelehrte Auslegung eben der zehn Gebote inzwischen angewachsen. Unser Mann kennt sich da aus. Er ist selbst gebildet genug, um Jesus in die Ecke zu manövrieren, falls der irgendeines der 613 Gebote herausgreifen und an die Spitze stellen sollte. Er weiß genau, daß es ein Leichtes sein wird, dem mit religiöser Autorität benannten Spitzengebot ein anderes entgegenzustellen, das dann mißachtet oder übergangen zu werden droht.

Wer die Gen-Technik mit gesetzlichen Beschränkungen und Verboten belegen will, wird vielleicht therapeutische Chancen unterdrücken, unter Umständen die Beseitigung von Leid hindern – und wäre das ein ethisch sinnvolles Ziel? Wer aber für die Freiheit der Forschung und auch des Experiments streitet, beschwört die Gefahr herauf, daß die Würde menschlichen Lebens unter den Schlitten einer gewissenlosen Manipulationsfreude gerät, die auch vor Eingriffen in die menschliche Keimbahn nicht zurückschreckt. Ich denke mir, daß wir noch vielfach an solche Punkte stoßen werden, an denen verschiedene, ja gegensätzliche ethische Normen in Widerstreit geraten.

Nein, **wir leiden nicht unter zu wenig Normen und Werten, sondern unter zu vielen**. Sie lassen sich nicht alle gleichzeitig unter einen Hut bringen. Unser begrenztes menschliches Leben gibt das

nicht her, was unser ethisches Wollen gebietet. Wir schaffen es nicht, im Widerstreit der Normen und Werte das Gute zu verwirklichen, ohne dabei auf der anderen Seite zugleich Böses, Schuld, Entfremdung in immer neuen Formen zu reproduzieren. Unser schriftgelehrter Freund hat jedenfalls begriffen, daß man sich im Irrgarten der guten und richtigen ethischen Forderungen heillos verheddern kann. Er weiß, was er tut, als er nach dem höchsten Gebot fragt, und also stellt er seine Frage an Jesus in versucherischer Absicht. Er will ihn hereinlegen, jedenfalls festnageln: Heraus mit der Sprache! Bist du ein Verstärker der von mir und den hinter mir stehenden Parteigängern vertretenen Normen, oder bist du unser Gegner, dessen Normen wir als widersprüchlich und unzureichend, womöglich als Verletzung alles dessen, was uns heilig ist, anprangern werden?

Ich denke mir, es werden auch heute gerade in ethischer Hinsicht manche Fragen an die Kirche in versucherischer Absicht gestellt, oder jedenfalls Fragen, die möglicherweise in bester Absicht gestellt werden, aber dennoch von versucherischem Charakter sind. Und ich berufe mich ausdrücklich auf Jesus selber, wenn ich sage: **Die Kirche eignet sich nicht dazu, vorgegebene Positionen oder Programme einfach nur religiös zu verzieren** oder zu verstärken oder als Normenlieferant für die wechselnden Konflikte des Lebens zu dienen. Denn Jesus sucht für unseren schriftgelehrten Freund nicht einfach eines der 613 Gebote als das wichtigste heraus, er fügt nicht etwa ein 614. Gebot hinzu und wählt nicht 10, 20 oder wieviele auch immer aus, um so ein Kurzprogramm sittlichen Lebens zu umreißen.

Jesus tut etwas völlig anderes. Er konzentriert die ganze Summe dessen, was Gott von uns verlangt, auf einen einzigen Punkt, und der heißt „Liebe“. Vielleicht werden die Bibelkundigen unter ihnen sagen: Falsch, es sind zwei Punkte, die Gottesliebe und die Nächstenliebe. Wenigstens zwei! Aber wer hier im

strengen Sinne bis zwei zählt, hat noch nichts begriffen. Ein Türscharnier läßt sich auch nicht in zwei Teile zerlegen, ohne aufzuhören, als Türscharnier zu fungieren. Ich komme auf dieses Bild, weil Jesus nach dem griechischen Text des Matthäusevangeliums ausdrücklich sagt: „In diesen beiden Geboten hängt das ganze Gesetz und die Propheten.“ Hier hängt etwas ineinander und aneinander:

Ethische Orientierung von der biblischen, christlichen Botschaft her funktioniert nicht ohne den Glauben, das ist gemeint. Denn Liebe zu Gott – von ganzem Herzen, von ganzer Seele, ein Sprung in ein absolutes Vertrauen hinein, ein mit dem ganzen Herzen gesprochenes Ja zu unserem himmlischen Vater. Wenn das fehlt, ist der christliche Ruf zur Nächstenliebe wie ein halbes Türscharnier: nämlich nutzlos. Und da mag dann – wenn ich noch einen Augenblick im Bild bleiben darf – an diesem halben Türscharnier gut und gern noch ein ganzer Türflügel hängen, womöglich die ganze zweite Tafel der zehn Gebote und 613 Ausführungsbestimmungen obendrein – ein halbes Türscharnier ist und bleibt nutzlos.

Und also hat die Kirche in dieser Zeit zuerst das Evangelium zu predigen und zum Glauben zu rufen. Das ist ihr erster Beitrag zur Orientierungslosigkeit heute. Wir führen unser Leben nicht als die unabhängigen Welt-Ingenieure, die mit dieser Erde und dem Leben und den Menschen und den Erbanlagen machen können, was sie wollen, sondern wir stehen unter dem Wort einer unverlierbaren Liebe von Ewigkeit her. Wir dienen einem König aller Königreich, einem Heiland aller Welt zugleich, der uns Heil und Leben bringen will und dessen lebensfördernde Gaben weiterzugeben unser Amt ist. Nur dazu sind wir auf dieser Erde, nicht zur Mehrung unseres eigenen Nutzens oder zur Befriedigung unserer Entdeckerfreude.

Ich denke mir, daß unser Mann, jener schriftgelehrte Freund, der Jesus die versucherische Falle gestellt hat, zusammenzuckt und keinen Ton mehr herausbringt, als er



Podium während der Landestagung  
v. li.: Prof. Dr. Trotnow, Frau Dr. Neumeister, MdB, der EAK-Landesvorsitzende Dr. Kampf, MdHB, Prof. Dr. Honecker, Prof. Dr. Karpen.

nen Ton mehr herausbringt, als er die Worte Jesu vernimmt. Matthäus berichtet nicht umsonst in biblischer Drastik, Jesus habe eben vorher den Sadduzäern „das Maul gestopft“. Er will offenbar sagen: Nach dieser Gruppe kommen die Pharisäer dran; denn unser Schriftgelehrter zählt sich eben zu dieser Zunft der gesetzestreu und gottesfürchtigen Männer.

Wir zählen uns nicht dazu und dürfen deshalb gewiß noch eine unbefangene Ergänzungsfrage stellen. Das ganze hört sich ja fast so an, als könne die Kirche überhaupt keinen konkreten Beitrag zu den politischen und ethischen Herausforderungen leisten. Wie ist das, Jesus? Wenn zur Liebe der Glaube gehört, dann gilt das doch offenbar auch umgekehrt! Ein halbes Türscharnier ist ein halbes Türscharnier, so herum oder so herum! **Der Glaube ist auch nichts ohne die Liebe**, die Liebe zu Gott ist ohne die Liebe zum Nächsten nutzlos – ist es so, Jesus von Nazareth? Bitte antworte!

Wir sind jedenfalls keine Sadduzäer oder Pharisäer, sondern ehrlich und offen fragende Menschen, die sich auf der Suche nach Wegweisern im unübersichtlichen Gelände, im schier undurchdringlichen Dickicht befinden. Und wenn das

mit der Liebe zum Menschen, zum Nächsten ernst gemeint ist, dann kann es ja nicht bloß um eine fromme Gesinnung im Innern gehen, sondern dann geht es letztlich doch um ganz konkrete Fragen der christlichen Verantwortung in dieser Zeit.

Und Jesus schweigt nicht. Er ergänzt freilich nicht das Doppelgebot der Liebe durch Ausführungsbestimmungen –, das zwar nicht. Aber in, mit und unter dem Doppelgebot der Liebe ist unsere Frage schon beantwortet. Das Doppelgebot der Liebe verweist uns nämlich auf den ethischen Dialog in christlicher Verantwortung.

Auf den Dialog: denn keine Norm hat in der menschlichen Gesellschaft aus sich selbst ewigen, zeitunabhängigen Bestand. Jede Norm muß vertreten werden von Menschen, die sie bejahen. Es muß deshalb um ethische Normen gerungen werden, öffentlich, mit Energie und Ernst, in den verschiedensten Gruppierungen unserer Gesellschaft, in den politischen Parteien und nicht zuletzt in der Kirche selbst. Es muß darum gerungen werden, was gentechnisch möglich und erlaubt sein soll und was nicht. Nur im ethischen Dialog können jene konkreten Normen herausgefunden werden, die uns am Ende

sogar helfen, Gesetze zu formulieren oder jedenfalls Standesregeln der Forscher und Ärzte. Das Doppelgebot der Liebe verweist uns auf den ethischen Dialog.

Aber auf den Dialog in christlicher Verantwortung! Ich hönnte auch sagen: auf den Dialog in der Verantwortung des Glaubens. Verantwortung heißt: unser ethischer Dialog ist eine Antwort auf Gottes Anrede. Wir wissen, daß wir das Leben nicht geschaffen haben, mit dem wir ethisch umgehen und umgehen müssen. Wir existieren selbst als Empfangende, die sich nicht selbst produziert haben und die ihrem irdischen Dasein keine Spanne hinzusetzen können. In der Solidarität der Geschöpfe Gottes und in der Dankbarkeit für die uns anvertrauten Schöpfungsgaben suchen wir nach jenen Regeln des Umgangs mit dem Leben, die vor Gottes Angesicht bestehen können.

Und er sieht ja auch ins Verborgene. Er sieht ins Herz des Poli-

tikers, der es auch bei den gravierendsten ethischen Fragen schwer hat, von wahltaktischen und parteipolitischen Aspekten abzusehen – und das wäre so unendlich wichtig! Und Gott sieht auch in das den öffentlichen Blicken vielleicht entzogene Labor des Forschers hinein, den sein faustischer Drang soeben veranlaßt, mit einem menschlichen Embryo in einer Weise zu experimentieren, die er in seinen publizierten Bekundungen permanent ablehnt.

Denn alles, was wir in Gedanken, Worten und Werken anstreben oder vollbringen, steht unter der Spannung von Gericht und Gnade Gottes. In diesem Horizont der christlichen Verantwortung haben wir selbst, wir, jeder von uns, zu fragen, was es konkret heißen könnte: nicht töten und doch nicht zulassen, daß getötet wird; künstliches Insulin produzieren und doch nicht gentechnologischer Schrankenlosigkeit das Wort reden; Erbkrankhei-

ten bekämpfen und doch nicht die menschliche Keimbahn zum Experimentierfeld machen und so weiter. Die Predigt von Gericht und Gnade Gottes ist die biblische Kampfansage an Produktion von Bösem, Schuld und Entfremdung in immer neuen Formen. Sie ist die Grundaussage der Kirche in einer Zeit der Orientierungsprobleme.

Eine christlich geprägte Tagung über unseren Umgang mit dem Leben und über politische und ethische Herausforderungen in diesem Zusammenhang kann also nicht gelingen, wenn sie davon absieht, daß der Glaube in unser Herz einziehen muß, damit wir überhaupt miteinander nach den rechten Wegen der Liebe suchen können. Über alle festgelegten Positionen hinweg, auch über parteipolitische Bindungen hinweg, gründet christliche Verantwortung in der Bitte, daß Gottes Geist den Glauben in uns wirken möge.

## Aus unserer Arbeit

### 6. „Bonner Theologisches Gespräch“



Pfarrer Karl Heinz Neukamm, Präsident des Diakonischen Werkes

Mitte Dezember vergangenen Jahres fand das 6. „Bonner Theologische Gespräch“ zum Thema „Friede auf Erden – Weihnachten heute“ statt. Fast 200 Gäste folgten den Gedanken von Karl Heinz Neukamm, dem Präsidenten des Diakonischen Werkes der EKD.

Der Bonner Journalist K. Rüdiger Durth schrieb über die auch in der Presse vielbeachtete Veranstaltung u. a. folgendes für den Informationsdienst der Evangelischen Allianz, idea:

Wer erwartet hat, Präsident Neukamm werde im Haus der CDU politische Forderungen für die Diakonie anmelden, wird enttäuscht. Ebenso der, der sich auf einen Vortrag über Kirche und Politik eingestellt hat. Neukamm trägt eine Meditation vor, eine höchst politische übrigens, eine Mahnung. Neukamm hat das Ganze der evangelischen Kirche im Blick, die oft in Resignation verfällt und selbst an Weihnachten nicht mehr recht zu würdigen weiß, daß 27 Prozent ihrer Mitglieder zum Gottesdienst kommen: „Manche leben in Zweifel und Verzweiflung, weil ihnen der Glaube nicht mehr bedeutet, und manche klagen darüber, daß sie in ihrer Kirche

heimatlos geworden seien.“ Seine Meditation kreist immer wieder um das Eine, an Weihnachten bei der Sache zu bleiben, der Botschaft „Fürchtet euch nicht“.

Neukamm hofft, daß in diesem Jahr nicht vor allem über Tschernobyl gepredigt wird. Er leugnet nicht die „Großmacht Angst“, aber er will sich ihr auch nicht beugen. Um Weihnachten willen. Deshalb sollen die Pfarrer nicht den weltlichen Nachrichten nachlaufen, sondern die eine gute Nachricht von der Geburt Jesu weitersagen. Vor diesem Hintergrund warnt er vor dem vielen Gift: „Gift ist nicht nur ein Rhein. Es ist viel Gift in unserer Sprache. Giftige Worte und eine giftige Sprache helfen nicht zum Leben.“ Eindringlich warnt Neukamm: „Die Weihnachtsbotschaft geht an alle. Sie ist nicht nur für Ausgewählte und Auserlesene gedacht. Die Freude soll allem Volk widerfahren. Deshalb dürfen wir niemanden ausgrenzen. Prediger tun das aber, wenn sie – statt von Gott zu reden – ihre eigenen politischen Meinungen als Evangelium vortragen. Wir haben auszurichten, was unser Gott unter uns tut, nicht was wir wollen oder sollen.“

In Weihnachten sieht Neukamm die eigentliche Friedensbewegung, nämlich

„eine Bewegung Gottes zu seinen Menschen“. Von daher kann er dann auch sagen: „Die Friedensbewegung im tiefsten Sinn des Wortes wird nur dann Fortschritte machen, wenn wir uns miteinander auf den Weg zu dem Kind in der Krippe machen. . . Der Friede unter uns beginnt damit, daß wir Gott im Himmel die Ehre geben. Die Hirten von Bethlehem und die Weisen aus dem Morgenland knien an der Krippe nieder und beugen sich unter den Willen Gottes.“

Wer so über Frieden sprechen kann, der kann auch nicht anders, als Frieden zu stiften – im Alltag, in der Familie, im Beruf. Ein Friede, der ansteckt und weiterwirkt: „Wer Gott im Himmel die Ehre gibt, kann gar nicht anders, als seinen Beitrag zum Frieden, zur Verständigung und zur Versöhnung unter den Menschen zu leisten.“

So ergibt sich für Neukamm eine Änderung des persönlichen Lebens aus der Weihnachtsbotschaft, die im alltäglichen Leben weiterwirkt: „An der Krippe gibt es nicht nur etwas zu hören und etwas zu sagen. Es gibt auch etwas zu tun. Gott will nicht nur das Staunen unserer Augen, das Lob unserer Lippen, er wartet auf das Beispiel unseres Lebens.“ Es gibt neue Wege, sagt Neukamm, „wenn Christus sich mit uns auf den Weg macht“. Dafür wirbt er. Und er macht Mut zur „Diakonie der tausend kleinen Schritte, durch die Gottes Liebe den Weg zu den einzelnen Adressaten findet . . . Gott will, daß wir nicht müde werden, Schritte der Hoffnung zu tun, die anderen helfen, das Ziel zu entdecken, zu dem wir alle hin unterwegs sind.“

Eine nachdenkliche, eine ernste Mahnung, die zugleich Mut macht und Freude weckt. „Gott helfe uns“, sagt Neukamm, „daß wir der Freude, der Liebe, dem Frieden und der Hoffnung ein Gesicht geben können – unser Gesicht.“

Hinw. d. Red.: Der Text des Vortrages kann bei der EAK-Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, angefordert werden.

#### Landestagung des EAK-Württemberg

**Stuttgart.** Zum Thema „Der Staat des Grundgesetzes“ fand am 6. Dezember 1986 in Leinfelden bei Stuttgart die Landestagung des EAK-Württemberg statt. Eindringlich warnte Prof. **Dr. Roman Herzog**, der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes, vor einer Einmischung der Kirche in die Politik. In diesem Zusammenhang kritisierte er die Erklärung der nordelbischen Synode zum Ausstieg aus der Kernenergie. Er verglich das Votum mit kirchlichen Forderungen vor 200 Jahren, eine allgemeine Feuerversicherungspflicht mit der Begründung

abzulehnen, daß man damit gegen „den strafenden Arm Gottes“ handele.

Nach Ansicht des baden-württembergischen Landtagspräsidenten **Erich Schneider** gehören politische Themen nicht in den Gottesdienst. Allerdings erlaube das christliche Liebesgebot keine „Staats- oder Weltflucht“. Im Gottesdienst solle „das Heil verkündigt und wenn nötig Unheil gebrandmarkt“ werden.

#### Podiumsdiskussion zum Thema Gleichberechtigung der Frauen

**Osnabrück.** „Wir können heute nicht mehr sagen, Frauen sind zuständig für Familie und Haushalt, Männer für Beruf und Gelderwerb“, betonte **Martha Ortmann**, Referentin bei der niedersächsischen Landesbeauftragten für Frauenfragen in Hannover. Sie war Teilnehmerin eines „Offenen Forums“ zum Thema „Die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft“, veranstaltet von der Jungen Union (JU), der Frauenvereinigung der CDU und dem EAK. Mit dabei waren auch Oberbürgermeisterin **Ursula Flick** und der Bundesgeschäftsführer der EAK, **Erhard Hackler**, als Moderator.

Im Mittelpunkt der Diskussion im Haus der Jugend stand die Frage nach der Gleichberechtigung der Frau und ihrer Verwirklichung in Beruf, Gesellschaft und Ehe. So forderte Martha Ortmann u. a. die Schaffung von Frauenförderplänen, die in Betrieben Vorbild sein könnten. Denn es sei zwar eine höhere schulische und berufliche Qualifikation der heutigen Frauen gegenüber den älteren Generationen festzustellen, in Führungspositionen wirke sich dies jedoch kaum aus.

#### Ethik im konfessionellen Konflikt

**Heidelberg.** In Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg, Außenstelle Heidelberg, und Pax Christi, Bistumsstelle Freiburg, veranstaltete der EAK Heidelberg eine Podiumsdiskussion zum Thema:

„Ethik im konfessionellen Konflikt – Das Beispiel der Gewalt.“

Pfarrer **Dr. E. Lorenz**, Religionslehrer, von 1979 bis 84 Studienreferent im Lutherischen Weltbund, ging in seinem Einführungsreferat auf die Stellung der verschiedenen Konfessionen zum Kriegsdienst im Laufe der neueren Geschichte ein.

Die kurzen Koreferate von Frau **Dr. von Baeyer-Katte**, Vorsitzende des EAK Heidelberg und **Pfarrer Fröhlich**, Pax Christi, Bruchsal, ließen erkennen, wie weit die Ansichten von Christen zu diesem Themenbereich differieren.

#### Jüdisch-christlicher Dialog

**Schriesheim.** Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des EAK über Israel sprach Frau **Prof. Levinson** (Heidelberg) über das Thema „Jüdischer Glaube im Staat Israel“. Die Referentin hat mit ihrem Mann, **Oberrabbiner Dr. Levinson**, regional und international wesentlich zum Dialog zwischen Juden und Christen beigetragen.

Frau Prof. Levinson wies auf die erfreuliche Entwicklung des jüdisch-christlichen Dialogs und auf die christlicherseits wachsende Erkenntnis hin, daß das Studium des Judentums für das christliche Selbstverständnis von großer Bedeutung sei. Sie bezeichnete es als einen bemerkenswerten Aspekt, daß das Judentum nicht als eine Art „Fossil“ von rein antiquarischem Interesse, sondern als lebendige Religion verstanden wird.

Die Beziehungen der Juden zum Land Israel trugen stets auch heilsgeschichtliche Merkmale, die ihre Wurzeln in den heiligen Schriften haben. So war und ist Jerusalem der Angelpunkt der Sehnsucht aller Juden und deren Rückkehr in das Land ihrer Väter als die Erfüllung der göttlichen Verheißung zu verstehen. Die Religionsausübung und Glaubenszugehörigkeit sei in Israel eine Angelegenheit des persönlichen Gewissens.

#### Mit Fremden leben

**Remscheid.** Die Probleme der Asylbewerber und Asylanten in Remscheid griff der EAK bei einer Veranstaltung im 14. November 1986 auf. Unter dem Thema „Mit Fremden leben“ lud er Mitglieder, Pfarrer und Bürger Remscheids ein, sich von den Referenten, dem evangelischen Pfarrer **Klaus Gnoth**, dem Vertreter von Amnesty International, **Hans-Willi Döpp**, und dem Caritas-Vorsitzenden, **Georg Gregull**, über die Schwierigkeiten dieser Gruppe informieren zu lassen.

Im Gespräch wurde nach Auswegen für diese Menschen aus ihrer sozialen Isolierung gesucht und Möglichkeiten für eine bessere Unterbringung und ein verständnisvolleres Umgehen mit den zuständigen Ämtern angesprochen.

Da auch einige Tamlin der Einladung gefolgt waren und sie von ihren alltäglichen Mißhelligkeiten in gebrochenem Deutsch berichten konnten, verliefen die Gespräche sehr realitätsbezogen.

Die gut besuchte Veranstaltung hat sicher dazu beigetragen, den Teilnehmern mehr Verständnis für die Situation der Asylsuchenden zu vermitteln. Dieses Verständnis, so hofft der EAK Remscheid, kann nun über deren Arbeit an anderen Stellen in die öffentliche Diskussion einfließen.

---

# Namen und Nachrichten

---

## Aufruf gegen das Waldsterben

Einen Aufruf gegen das Waldsterben, der seit 1983 von mehr als 80.000 Menschen unterschrieben wurde, haben der Umweltbeauftragte der evangelischen Kirche in Deutschland, **Kurt Oeser**, sowie der Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing, **Klaus-Jürgen Roepke** und Vertreter der bayerischen Landeskirche in Bonn Umweltminister **Walter Wallmann** überreicht. Der Aufruf war während einer Tagung in Tutzing entstanden.

Positiv reagierte Wallmann auf den kirchlichen Vorschlag, sobald wie möglich in einer „konzertierten Aktion“ alle Umweltprobleme zu erörtern. Der Umweltminister unterstrich, daß er eine Verringerung der Waldschäden langfristig durch strenge Auflagen für neue Großfeuerungsanlagen und Umrüstung bestehender Anlagen sowie durch den verpflichtenden Einbau von Drei-Wege-Katalysatoren in Autos erwartet. Ferner will sich der Umweltminister dafür einsetzen, daß kein verbleites Benzin mehr angeboten wird.

---

## Verhältnis von Kirche und Politik ein „Konfliktfeld“

Scharfe Kritik an politisierenden Pastoren hat der frühere Hamburger Bischof, **Hans-Otto Wölber**, geübt. In einem Forumsgespräch zur Frage nach der Zukunft der Volkskirche in Hannover bezeichnete er es als „Irrsinn, wenn ein Pfarrer versucht, seine gesamte Gemeinde von der Kanzel aus auf eine einheitliche politische Linie zu bekommen“. Ein solches Verhalten trage zur „Erosion der Volkskirche“ bei und erhöhe die Bereitschaft zum Kirchenaustritt. Nach Wölbers Worten ist das Verhältnis von Kirche und Politik insgesamt ein „Konfliktfeld“, das die Volkskirche gefährde. Wenn man zu politischen Fragen Stellung nehme, bestehe die Gefahr der Diskriminierung Andersdenkender, weil indirekt auch deren Christsein infrage gestellt werde. Wie Wölber ferner sagte, wird Kirche heute durch ihre Verlautbarungen zu aktuellen Zeitfragen oft nur als „Parallelorganisation zur Gesellschaft“ erfahren. Der christliche Glaube sei als Substanz kaum noch erkennbar. Hier sei eine Änderung notwendig, zumal die Erwartung der Bevölkerung an die Kirche „persönlich-existenzieller Natur“ sei.

## Sonntag muß Sonntag bleiben

Für die Beibehaltung des freien Sonntags hat sich der Vorsitzende der baden-württembergischen Landtagsfraktion der CDU, **Erwin Teufel**, ausgesprochen. Er zeigte sich besorgt über die Bestrebungen in der Industrie, die Maschinen bei gleitender Arbeitswoche auch sonntags mit wenig Personal nicht stillstehen zu lassen, um Konkurrenzdruck und verkürzte Arbeitszeit auffangen zu können. Nach Ansicht des CDU-Politikers läßt sich über den Samstag reden, Teufel fügte aber hinzu: „Der Sonntag muß Sonntag bleiben.“

---

## Doppelstrukturen annehmen

Der Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, **Dr. Gemot Jung**, wandte sich gegen die Verwendung des Begriffes „Parallelstrukturen“ für die von Evangelikalen gegründeten Einrichtungen, die neben den bestehenden kirchlichen Organisationen arbeiten. Die Kirchengeschichte habe gezeigt, daß solche Entwicklungen notwendig gewesen seien. „Parallelen treffen sich im Unendlichen, aber Glieder der Kirche treffen sich um ihres Herrn willen bereits im Diesseits“.

---

## EKD und Unionsparteien

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), **Bischof Martin Kruse**, ist dem Vorwurf entgegengetreten, die evangelische Kirche entfremde sich von CDU und CSU. Wie Kruse der katholischen Zeitschrift „Publik-Forum“ sagte, gebe es „fruchtbare Spannungen“. Es sei nicht Aufgabe der Kirche, den Parteien nach dem Munde zu reden und einfach ein politisches Lager zu verstärken. Sie müsse vielmehr bei der Konsensbildung helfen. Als Volkskirche habe die evangelische Kirche neben konservativen Kreisen auch ein progressives Spektrum. Gespräche mit der Regierung und den Parteien etwa in der Asylpolitik hätten gezeigt, daß die Argumente der Kirche durchaus ernst genommen würden.

### Termin

Berichtigung: Die Klausurtagung des EAK-Baden findet vom 13. bis 15. März 1987 statt.